

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Berechnung der Abrechnung:
Sonntags 10-12 Uhr.
Wochentags 4-6 Uhr.

Konahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Inserate an Wochentagen bis
8 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.
In den Fällen für Inf. Anstalt:
Otto Klemm, Unterföhrer 22,
Louis Köhler, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,250.
Abonnementpreis viertelj. 4/1, 6/2,
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Geschäften für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 Pf.
1.1 Postbeförderung 45 Pf.
Inserate 4gep. Courzpreis 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactions-
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird mit-
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postanweisung.

No 164.

Mittwoch den 13. Juni 1877.

71. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Weshalb vorgekommene Differenzen zwingen und wiederholt die dringende Bitte an das geehrte Publicum zu richten,

alle Holzschnitte oder Clichés,

welche uns zum Abdruck im Tageblatt übergeben werden, nach Beendigung der Insertion sofort bei und wieder in Empfang nehmen zu lassen, da wir nach gemachtem Gebrauche eine Garantie für dieselben nicht übernehmen können.

Wir erlauben uns zugleich darauf aufmerksam zu machen, daß wir für die Beifügung eines Clichés nur dann haften, wenn dasselbe mit dem Inserate am Schalter unserer Expedition abgegeben wird.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Ein kirchenpolitischer Verständigungs-Vorschlag.

Während Rom und der Ultramontanismus von der höchsten Spitze bis hinab zu dem kleinsten Caplanblättchen in jüngster Zeit eine unendliche Kampflust zur Schau tragen, hat in Deutschland ein nichtultramontanes Vorgesand gerade den gegenwärtigen Augenblick für geeignet gehalten, die Nothwendigkeit einer Verständigung, der Vereinbarung eines „modus vivendi“ zwischen Staat und Kirche zu predigen. Die „Schlesische Zeitung“ will diese Vereinbarung anbahnen durch Bildung anticlerikaler Vereine. Nicht zwischen Parlament und Regierung, schreibt sie, kann sofort zu diesem Zwecke verhandelt werden, die ersten Schritte müssen aus der Mitte des Landes heraus geschehen. Männer beider Parteien, die den Beruf dazu in sich fühlen, sollten darum alsbald zu freien Vereinen zusammentreten, um, ohne die Regierung und die parlamentarischen Fractionen irgend zu binden, wenn auch mit ihnen Fühlung haltend, vertraulich zu berathen, was ohne Aufopferung eingebracht werden kann. An einer Grundlage für solchen Verhandlungen fehlt es schon heute nicht. In weiten Kreisen ist man darüber einig, daß der Staat, unbeschadet seiner Macht und Autorität, sich bei denjenigen Gesetzbestimmungen beschließen kann, die auch ohne Concordat nach Ausweis der Vorgänge in anderen Reichen kanonisch zulässig sind, die also ohne Aufopferung eines Fundamentalsatzes der katholischen Kirche zugestanden werden können. „Männer beider Parteien“, also Anhänger der ultramontanen Richtung und Verteidiger der Rechte des Staates, sollen zu freien Vereinen zusammentreten, um auf der angegebenen Grundlage zu verhandeln. Diese Grundlage ist freilich so dürftig und unklar wie möglich gezeichnet. Aber gefehlt, es läme eine nennenswerthe Anzahl von Männern beider Richtungen zur Verständigung auf derselben — was würde damit erreicht sein? Die Centrumsfraction des Parlaments würde die betreffenden Männer ihrer Partei kargweg verurtheilen. Sie hat sich auf den grundsätzlichen Standpunkt gestellt: keine Unterordnung der Kirche unter den Staat, sondern in Nothfall Nebenordnung, von Rechts wegen Nebenordnung, daher Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat durch Vertrag, an welchen nach baltischer Anschauung der Staat unter jeder Bedingung, der Papst nur so lange gebunden bleibt, als es ihm beliebt. Die „Germania“ entwirft aus Anlaß des Papstjubelums eine begeisterte Schilderung des mittelalterlichen Kaiserthums als eines geordneten Werkzeugs des Papstthums. Es ist jene päpstliche Theorie, die in Heinrich's IV. Bussfahrt nach Canossa den Höhepunkt ihres praktischen Triumphes erreichte. Das ultramontane Blatt sagt hinzu: „Die tief erschütterte päpstliche Autorität wird nicht eher wieder auf ihrem alten Grunde stehen, als bis sie sich der höheren päpstlichen Autorität unterwirft und dadurch wieder aller der Vortheile theilhaftig wird, welche einst die Kaiser des heiligen römischen Reiches besaßen.“ Dies ist die Anschauung der Centrumpartei. Mit vollem Rechte ist derselben in preussischen Abgeordnetenhaus zugerufen worden: „Der Friede mit der Kirche wird möglich sein an dem Tage, da Sie als Partei verschwinden sein werden.“ So lange sie in unseren Parlamenten existirt, sind alle sogenannten Vermittlungsvorschläge, welche der Kirche nicht das Recht zusprechen, über ihre Stellung im Staate mit dem letzteren als gleichberechtigter Macht zu verhandeln, ohne jede Aussicht. Einen modus vivendi kennt auch die Centrumpartei, nämlich: die Raigelege zwar auf dem Papier stehen zu lassen, sie in der Praxis aber nicht mehr zu handhaben. Dieser vor einiger Zeit von der „Germania“ gemachte Vorschlag zur Wite übertrifft an Unversöhnlichkeit alle Bemühungen, welche der Ultramontanismus dem Staate bisher gemacht hat. — Vorbedingung der von der „Schles. Ztg.“ geplanten Verständigung würde also die Beseitigung der ausgesprochen ultramontanen Partei aus unseren Parlamenten sein. Wacht man aber wirklich, die „freien Vereine“ von „dazu berufenen Männern“ würden in der

großen Masse der katholischen Bevölkerung einen so bedeutenden Einfluß haben, um diese Beseitigung bei der Bormahme von Neuwahlen zu erreichen? Sie würden zu dem Ende zunächst die gesammte Caplanotratie beseitigen müssen, alsdann den Einfluß der abgesetzten Bischöfe, endlich das ganze absolutistisch-centralistische System der vaticanischen Kirchenverfassung. Man erinnert daran, daß der Augsburger Religionsfriede ja auch lediglich zwischen Deutschen geschlossen sei, während der Papst gegen denselben protestirte. Aber, von allen anderen Fehlern dieser Vergleichung abgesehen, verhandelt auf dem Reichstage zu Augsburg selbständige deutsche Fürsten und Städte miteinander; auch die geistlichen Stände waren zugleich weltliche Fürsten, Rom gegenüber von großer Unabhängigkeit. Was die heutigen Bischöfe seit dem vaticanischen Concill sind, haben wir vor Augen. Jedwede erspriechliche Verständigung über den Kirchenconflit in Deutschland ist unmöglich, wenn nicht die römische Curie zustimmt. Wer dies verkant, irrt sich in dem Wesen des Kampfes, der seit 1869 in Deutschland ununterbrochen geführt wird. Wenn die „Schles. Ztg.“ vor dem „Hineinziehen fernliegender hochpolitischer Conjecturen in unsere häuslichen Angelegenheiten“ warnt, so verlangt sie, daß man dem Uebel steuere, ohne sich um seine Ursachen zu kümmern. Das würde nicht rationale Heilkunst sein, sondern Curpulscherei. Die weltgeschichtliche Bedeutung des heutigen Kampfes zwischen Staat und Kirche wird durch spießbürgerlich erfundene Auskunfts-mitteln freilich nicht gemindert; wohl aber müssen derartige Phantasien, wenn sie in weiteren Kreisen des Volkes, die Widerstandsfähigkeit des Staates schwächen. Das Schicksal ind. welches die Deutschconservativen im vorigen Jahre mit der Loosung der Revision der Raigelege gehabt, bürgt dafür, daß auch heute die Nation sich nicht durch absolut unklare und un-durchführbare Friedensvorschläge verleiten lassen wird.

Die Mitarbeit der Kirche an den socialen Fragen der Gegenwart.

Dieses, aufgestellt von Dr. Victor Böhmert für die Reichs-Kirchenconferenz.

- 1) Die sogenannte sociale Frage ist ein Inbegriff sehr vieler Fragen und Aufgaben, welche die Bekämpfung der Noth und Elend und ihrer Empörung zu früherer Wohlfahrt und innerer Zufriedenheit bezeugen.
- 2) Der äußeren Noth, welche theils aus Mangel an Unterhaltungsmittein, theils aus unwirtschaftlichem Verbrauch derselben entsteht, läßt sich nur durch gesteigerte Production, angemessene Verteilung und weisen Verbrauch der Güter abhelfen. Der Versuch, mehr Lohn für weniger Arbeit zu erzwingen, muß zu einer Verschlechterung aller Dinge führen, welche natürlich auf den ärmsten Classen am Schwersten lastet. Ebenso wenig kann die Anwendung des Fabrikbetriebes, der Maschinenbenutzung und Arbeitsteilung für die Gesammtheit des Volkes, den Handwerkerstand inbegriffen, von Nutzen sein. Es müssen vielmehr alle Arbeitskräfte und Capitalmittel, welche in einzelnen Betriebszweigen überflüssig geworden sind, rasch für andere Zwecke verwendbar gemacht und der Uebergang zu anderen Erwerbsthätigkeiten, sowie die Aneignung der besten Betriebsmethoden Jedem erleichtert werden.
- 3) Das Capital ist ein Vorrath von nicht verzehnten Gütern, aus welchem die Löhne der Arbeiter bestreiten und die zur weiteren Production unentbehrlichen Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Werkstätten u. dergleichen werden; in dem Capital haben wir daher den besten Bundesgenossen oder vielmehr die notwendige Voraussetzung der Arbeit. Je rascher die Vermehrung des Capitals fortschreitet, um so höher steigen die Arbeitslöhne. Diese pflegen in reichen Ländern am höchsten und in armen Ländern am Tiefsten zu stehen. Hemmnisse der Arbeit und Capitalbildung verhindern aber die Abnahme von Noth und Elend.
- 4) Die Beziehungen der Arbeitgeber zu den

Arbeitnehmern müssen als ein Verhältniß von Mitarbeitern angesehen werden und auf gegenseitigem Vertrauen und Wohlwollen beruhen. Jede ehrsüchtige Arbeit, mag sie hoch oder niedrig, beliebt oder unbeliebt sein, mag sie Kopf oder Hand in Anspruch nehmen, ist als sittliche Pflicht und Vorbildung wahren Lebensglückes anzufassen und in Ehren zu halten.

5) Der sociale Fortschritt der Menschheit beruht jedoch nicht nur auf einer Beseitigung der äußeren Noth, sondern ebenso auf einer Bekämpfung der inneren Noth, welche aus dem Mangel an geistigen und sittlichen Gütern und an Frieden des Gemüths entsteht. Die „innere Arbeit“ und Selbstbeobachtung im Genus ist die wichtigste productive Beschäftigung. Das Gemüth ist die Vorrathskammer der kostbarsten Reichthümer. Lebensglück ist Allen erreichbar, welche mit Dankbarkeit und Freude am Dasein auch Andere durch äußere und innere Gaben zu beglücken suchen.

6) Die Kirche, als die Gemeinde aller heilsbedürftigen und nach Versöhnung ringenden Gemüther, hat in dem socialen Kampfe der Gegenwart unter allen Formen und Confessionen die Aufgabe, der äußeren und inneren Noth und den Predigten des Hasses und Neides mit Gebanten des Friedens, Worten der Verständigung und Werken der Liebe entgegenzutreten.

7) Die Kirche hat der Erfüllung ihrer Hauptaufgabe ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, bei ihren Gliedern auch die Erkenntniß der wirtschaftlichen Entwicklung zu pflegen und sowohl zur Verbreitung wirtschaftlicher Wahrheiten, als auch zur Förderung gemeinnütziger Bestrebungen für das Volkwohl nach Kräften beizutragen.

8) Die Organe der Kirche sollten sich auch des Vermittlungs- und Vereinigungswesens und der Localpresse als eines Hülfsmittels der Seelsorge und der Belehrung der Massen häufiger als bisher bedienen und die Wahrheit verbreiten helfen, daß die sociale Lage der Menschheit nicht durch irgend ein Unversämittel oder eine neue politische Zwangsorganisation, sondern nur auf dem Boden der Freiheit, Selbstthätigkeit und Selbstverantwortlichkeit des Individuums, durch eine Verbindung persönlicher Anstrengungen und gemeinnütziger Einrichtungen von Familie und Familie, von Gemeinde und Gemeinde mit Weisheit und Geduld, Liebe und Entschagung allmählig verbessert werden kann.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Kreipzig, 12. Juni.

Die Herstellung des Kaisers ist so weit vorgeschritten, daß derselbe bereits Ausfahrten unternommen und Vorträge hören konnte. Militairischen Beschäftigungen hat der Kaiser noch nicht beigemohnt.

Der zum Mitgliede des deutschen Statistischen Ankes von Bern nach Berlin berufene Dozent Dr. Scheel ist zur Uebernahme seiner Geschäfte dort eingetroffen. An seine Verkung ist die Besorgung getraut worden, daß die Wirtschaftspolitik des Reiches vor einer bedenklichen Wendung stehe. Dr. Scheel selbst aber die bescheidenen functionen eines kaiserlichen Regierungsraths, und als solcher ordnet er sich dem System unter, das im Einvernehmen mit dem Reichstage, die Reichsregierung befolgt. Die „Magdeburger Ztg.“ erinnert daran, daß bei Besetzungen in den Reichsdienst bisher immer nur die geistige Thätigkeit maßgebend war, nicht Diensthalt, nicht besondere Fürsprache und nicht Rücksicht auf das politische oder literarische Vorleben der einzelnen Persönlichkeiten. Als der norddeutsche Bund zu Stande gekommen war, sagte sich der damalige Bundeskanzler Graf Bismarck: es geht nicht an, auf Männer einer bestimmten Richtung für den Reichsdienst das Auge zu legen, sondern die Tüchtigsten zu gewinnen, und sofort machte er dem preussischen Handelsminister dessen vorzüglichen Director Dr. Delbrück abspändig. Dem nachmaligen Staatsminister Delbrück folgte bald Heinrich Richaeltis, der sich als Abgeordneter hervorgethan hatte, und kam war dieser Zeitungsredacteur in den Reichsdienst aufgenommen, so erging an den Professor A. D. Fischling und Literaten Gotthard Bucher die Berufung, als Hülfarbeiter in das kaiserliche Amt einzutreten. Bismarck gleichzeitig mit dem ehemaligen Steuerverweigerer Bucher gelangte an den Kreuzzeitungs-Wagener eine Berufungsbefehle, und diese ist vielleicht die einzige, die Bismarck zu bedauern gehabt hat. Wie der Kanzler, so verfuhr Delbrück. Wer sich etwa als Sachverständiger oder als Mitglied eines parlamentarischen Körpers oder in sonst einer Eigenschaft besonders auszeichnete, der bekam eine Stelle im Reichskanzleramt, dieser kam demnachbaren, schwerfälligen, um ihrer Organisation willen vom

Kanzler selbst bemängelten Verwaltungsinstantz. Aber weshalb arbeitet sie trotz ihrer viel angegriffenen Organisation vorzüglich? Weil sie über ausgezeichnete Arbeitskräfte in jeder einzelnen Abtheilung verfügt; und bisher ist es diesem Reichskanzleramt wie allen übrigen Reichsämtern noch immer zu Statten gekommen, daß sie zu Räten und zu Hülfarbeitern Räte der verschiedensten geistigen Richtung an sich herangezogen haben. Um der Schwierigkeit ihrer Aufgaben willen hat die Reichsregierung die Pflicht gegen sich selbst, alle kleinlichen Bedenken bei Berufungen fallen zu lassen und bloß auf tüchtige Arbeiter zu sehen. Das deutsche Reich ist thatsächlich in seiner Verwaltung darauf angewiesen, Anstellungen rein sachlich zu bewirken und von kleinlichen Erwägungen ganz und gar abzusehen.

Die vor Kurzem erschienenen Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg haben Max Dunder zu einer kritischen Beleuchtung in den „Preussischen Jahrbüchern“ Gelegenheit gegeben, deren unter dem Gesichtspunkte der historischen Berechtigung hochinteressante Ergebnisse in folgender Stelle zusammengestellt sind: „Die Denkwürdigkeiten treten den Beweis an, daß die Politik, welche in den drei dem Kriege vorangehenden Jahren befolgt worden sei, nicht die Hardenberg's gewesen, obwohl er zwei Jahre von diesen drei Minister des Auswärtigen war, daß die Katastrophe zu vermeiden gewesen sein würde, wenn sein Rath, wenn sein Programm zur Ausführung gekommen wären. Länger und lebhafter, als man nach dem gewaltigen Ansturm erwarten sollte, verweilt die Erzählung bei den persönlichen Kränkungen und Zurücksetzungen, die Hardenberg in jenen Jahren erfahren, bei den Intriguen seiner vormaligen Freunde und nachmaligen Gegner. Auch ohne diese Ausführungen würde es Niemandem in den Sinn gekommen sein, Hardenberg's Haltung und Art mit der seiner Gegner und deren Verhalten auf eine Linie zu stellen. Unzweifelhaft weisen die Denkwürdigkeiten nach, daß er mit Ernst und Eifer von Mitte October bis gegen Mitte December des Jahres 1805 danach getrachtet habe, Preußen zur Action gegen Frankreich gelangen zu lassen. Daß er die richtigen Maßregeln ergriffen, dafür bleiben sie freilich dem Beweis schuldig, und noch weniger vermag ich den Beweis dafür erbracht zu halten, daß Hardenberg's Programm, wenn es vor dem October 1805 zur Ausführung gekommen wäre, den Staat vor der Katastrophe des nächsten Jahres bewahrt hätte. Sie wäre in diesem Falle wohl noch unumwiderbringlicher erfolgt. Die leuchtenden Verdienste, die sich Hardenberg danach im Frühjahr 1807, die er sich um die Waffenerhebung Preußens im Frühjahr 1813 und deren Vorbereitung, die er sich um den Wiederaufbau des Staats vor und nach dieser Zeit erworben hat, werden nicht verdunkelt, wenn die Prüfung seiner Denkwürdigkeiten auf Grund der Acten zu dem Ergebniss führt, daß er während seines ersten Ministeriums den Gegner Preußens nicht viel besser gekannt und seine Mächten ebensomienig durchschaut hat, als die Hungarier und Lombard, wenn sein Gefühl von der Würde und Stellung des Staats auch ein anderes war, daß auch er dem Könige vor 1806 die Stüge eines sicheren und unbetrübten Rathes nicht gemährt hat, die um so unerlässlicher war, je weniger die militairischen Autoritäten jener Tage im Stande waren, unzureichende Kräfte der auswärtigen Leitung zu ergänzen und zu übertragen, daß ein recht angeleglicher Schuldanteil an der Katastrophe des Staats auf Hardenberg's Schultern fällt. Er war damals noch in den Lehrjahren. Sein Blick ist erst durch die Ereignisse reifer heller und weiter geworden, um endlich dem gewaltigen Gegner sehen zu können.“

Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt: Nach amtlichen Nachrichten aus Japan hat am 6. Juni in Yokohama eine Schlägerei zwischen Matrosen von S. M. Schiff „Elisabeth“ und französischen Seelenen stattgefunden, bei welcher einer der letzteren ums Leben gekommen und ein zweiter gefährlich verwundet worden ist. Die Veranlassung scheint von französischer Seite ausgegangen zu sein. Es ist dafür Sorge getragen, daß die Untersuchung des Geschehens in vollem Umfange und unparteiisch erfolgen wird. Weiter schreibt der „Reichs-Anzeiger“: Aus Fez (Marokko) ist die traurige Nachricht eingegangen, daß der zum Geolge der Gesandtschaft an den Hof des Sultans von Marokko commandirte Vice-Wachtmeister Stolt vom 2. Garde-Infanterie-Regiment unter nachstehenden Umständen werthlos umkamen mit Tode abgegangen ist. In den für den Sultan gewählten Gesandten gehörte auch eine aus der Fabrik von Baug & Wittmann in Halle a. S. bezogene Kammol-Webereimaschine. Wachtmeister Stolt, welcher hauptsächlich die Bestimmung hatte, das dem Sultan